

Das Jahr 1848 in Bamberg

Personen - Mächte - Ereignisse

Die deutsche Revolution von 1848/49 machte bekanntermaßen auch an den Toren Frankens nicht halt. Gerade im oberfränkischen Bereich, und hier vor allem in Bamberg, verstand es die demokratische Bewegung schon bald, bemerkenswerte Akzente zu setzen. Ihr gehörten, wie für die Stadt an der Regnitz vermerkt wird, „ehrenwerte Bürger mit idealistischer Gesinnung, Handwerksmeister“, aber auch „herabgekommene Individuen aller Stände, die nichts mehr zu verlieren hatten“, an.¹⁾

Die fränkische Bevölkerung beteiligte sich bereits zum frühesten Zeitpunkt an der demokratischen Erneuerung des Landes. Selbst „besitzende Schichten“ und Teile des Adels waren hiervon nicht ausgeschlossen.²⁾ Viele Advokaten, Apotheker, Ärzte, ehemalige Burschenschafter und sogar einzelne Kleriker nahmen dabei entsprechende Führungspositionen ein. Dennoch hatte diese, zunächst gezeigte Einmütigkeit, nicht lange Bestand. Existierten doch, wie gerade der Bamberger Fall zeigt, tiefgreifende Gegensätze zwischen den Oppositionellen radikaler Prägung, die auf eine völlige Veränderung der bestehenden Strukturen hinarbeiteten sowie den Epigonen einer gemäßigten bzw. konstitutionellen Lösung, die nach einem Arrangement mit den tradierten politischen Kräften strebten.³⁾

Aber nicht nur Bürgertum und Intellektuelle hingen - wenigstens zu Teilen - revolutionären Phantasien nach. Noch 1849 bekundete jedenfalls der als Untersuchungskommissar eingesetzte, unterfränkische Regierungsrat Grasser, „daß das Maintal von Aschaffenburg bis Schweinfurt am tiefsten von der Bewegung erfaßt war, und daß (besonders; d.V.) der Stand der Schiffer mit seinem zahlreichen Anhang dabei als Vermittler des revolutionären Geistes anzusehen war“.⁴⁾ Eine ähnliche Einschätzung erfuhren

darüber hinaus Flößer⁵⁾ und Häcker, im Bamberger Bereich zudem Gärtner, Weber, besitzlose Tagelöhner sowie Teile der Jugend.⁶⁾

Vielsagend heißt es daher in einem Bericht des „Bamberger Tagblatts“ vom 5. März 1848: „Die wichtigste Stadt für die Demokratie in Franken ist die Stadt Bamberg. Von den 24000 Einwohnern derselben sind an die zwei Drittheil revolutionärdemokratisch.“⁷⁾

Tatsächlich hatten sich schon in den dreißiger Jahren im Bamberger Bereich einige Agitatoren der republikanischen Bewegung organisiert, die dann im März 1848 noch besonders hervortreten sollten. Wie Georg Krauss berichtet, waren Nikolaus Titus,⁸⁾ ein Advokat, der Arzt Dr. Heinkelmann und schließlich der Redakteur des „Fränkischen Merkur“, Karl Heger, bereits 1824 polizeilich bekanntgeworden. In den frühen vierziger Jahren machte Titus, nun an der Seite des Advokaten Prell, in der Bamberger Harmoniegesellschaft erneut auf sich aufmerksam. 1844 konnten beide Teile des Bamberger Bildungsbürgertums in einer Gruppe, die als „Junges Deutschland“ titulierte wurde, um sich sammeln. Die im Gasthaus „Mondschein“ in der Sandstraße abgehaltenen Treffen wurden auch durch den Arzt Dr. Sieber gefördert, der später eine Professur in Jena übernahm. Ziel der Versammlungen schien es bereits damals zu sein, „das günstig gelegene Bamberg für eine künftige demokratische Erhebung vorzubereiten“.⁹⁾

Im Oktober 1844 ging deshalb auch eine Anzeige des damaligen Bamberger Bürgermeisters Glaser bei den Justizbehörden ein. Der Zirkel um Titus, dem nun noch die Advokaten Kumpf und Schlesing angehörten, wurde darin als ein Hort „wütende(r); d.V.) Demagogen und Revolutionäre, mit deren Grundsätzen keine gesellige und öffentliche Ordnung, keine geregelte Staatsverwaltung

vereinbarlich ist“, geschildert. Obgleich sich die Anfeindungen in dieser Form als übertrieben herausstellten, war doch nicht zu leugnen, daß der radikale Kreis durchaus die Mittel besaß, um Druck auf die öffentliche Meinung Bamberges und seines Umlandes auszuüben. Die „Umstürzler“ bedienten sich hierbei der Presse und scheuten sich nicht, ihre Kritiker offen anzugreifen.

Zusätzliche Hilfe erhielt der Titus-Zirkel durch den „Bamberger Bürgerverein“, den die führenden Häupter der radikalen Bamberger Demokratiebewegung wohl für ihre politischen Ziele zu nutzen suchten. Neben Titus selbst sind in diesem Zusammenhang auch Männer wie Heger, Prell, der Advokatschreiber Dr. Morgenstern, Dr. Heinkelmann, Sebastian Brendel, der Seifensieder Schlimbach sowie der Rotgerbermeister Ultsch zu nennen.

Vor dem Hintergrund der französischen Februarunruhen und der damit verbundenen Ausrufung der Zweiten Republik organisierte die Gruppe als „Ausschuß zur vollständigen Verwirklichung der Volksrechte“ schließlich am 4. März 1848 eine „erste Bamberger Volksversammlung“, in der jene, später so bekannt gewordenen „14 Bamberger Artikel“ unter großer Zustimmung der Zuhörerschaft formuliert wurden.⁽¹⁰⁾

Betrachtet man diese „Adresse der Einwohnerschaft Bamberges“, so wird hier vor allem die Radikalität sowie die präzise Formulierung der einzelnen demokratischen Forderungen signifikant. Wie Dieter Lange wies konstatiert hat, kommt hierbei besonders das „Kernproblem der Wahlrechtsfrage“ unumwunden zum Ausdruck; nämlich „die Integration der unterbürgerlichen Schichten in den Kreis der politisch vollberechtigten Staatsbürger“ durch Schaffung eines demokratischen Wahlrechts.⁽¹¹⁾

Die direkte und offene Art des Vortrags und seiner Postulate brachte auch die Repräsentanten der öffentlichen Ordnung bis hin zum oberfränkischen Regierungspräsidenten v. Stenglein in Bedrängnis; letzterer hob hervor, daß solch radikale Töne bisher wirklich nur in der Stadt Bamberg zu vernehmen

gewesen seien. Und in der Tat bot sich hier eine politische Mischung, die wesentliche Merkmale des utopischen Sozialismus, Ideen der Französischen Revolution sowie Elemente der Lehre Justus Möser vereinte und für ihre Zwecke ausdeutete.⁽¹²⁾

Bereits am 10. März erfolgte eine zweite Volksversammlung, die wiederum von Nikolaus Titus dominierte wurde. Nicht ohne Grund bezeichnet daher Krauss diesen, und mit ihm Dr. Heinrich Heinkelmann, als „führende“ Gestalten der „Bamberger März-Bewegung“.⁽¹³⁾

Bamberges Erzbischof rief in diesen Wochen zur Besinnung auf. In seiner Mitteilung an „alle Diöcesanen“ vom Gründonnerstag 1848 forderte Bonifaz v. Urban in eindringlicher Weise: „Sinnet nicht auf Raub und Gewaltthätigkeit. (...) errichtet (...) gegen den gewaltigen Strom des Verderbens, der über unser Vaterland sich ergossen hat, einen unzerstörlichen Damm, indem ihr Alle Liebe gegen einander habet“.⁽¹⁴⁾

Gemäß Polizeibericht war es in den hitzigen Märzwochen in der Stadt selbst vor allem zu Reibereien „zwischen Militärpersonen“ gekommen. Insgesamt, so folgert Georg Krauss, wurden die Ereignisse in anderen Teilen der Region jedoch eher „mit neugierigem Interesse“ verfolgt.⁽¹⁵⁾ So wurden denn auch die Vorgänge in München, die sich am 20. März bezüglich des Thronwechsels von Ludwig I. zu König Maximilian II. vollzogen, eher gleichmütig aufgenommen.⁽¹⁶⁾

Neben „überzeugten“ Demokraten gab es im Bamberger Bereich auch etliche Anhänger einer reaktionären Politik, welche die kommunalen Behörden wegen ihrer angeblichen „Untätigkeit“ zu maßregeln versuchten und statt dessen ein härteres Durchgreifen der Ordnungsmacht gegenüber der demokratischen Bewegung forderten. Nach Ansicht des Bamberger Stadtkommissars verfügten jene Personen über beste Kontakte zum bayerischen Offizierskorps sowie zum Münchner Hof und dessen Ministern. Besonders Oberst v. Stetten, Stadtkommandant von Bamberg, soll sich z.B. einmal dafür stark gemacht haben, „zur Wiederherstellung der Ordnung“

einen „Kommissar wie Cavaignac“ herbeizubeordern.¹⁷³

Beim nun für neue Schlagzeilen sorgenden Zusammentritt des Vorparlaments in Frankfurt ging es auch in Bamberg darum, durch einen Ausschuß der Volksversammlung zunächst geeignete Abgeordnete zu bestimmen und zu entsenden.¹⁸⁴ Die Wahl fiel hierbei auf die beiden radikalen Demokraten Titus und Prell, jedoch untersagte Bambergs Magistrat angesichts dieser, von vielen Anhängern der Republikaner mit Jubel begrüßten Tatsache, ein allzu ausgelassenes „Lärmen und Freudenschießen“.¹⁹⁰

Wie heftig die Positionskämpfe innerhalb der demokratischen Bewegung selbst geführt wurden, zeigt sich an einem dokumentierten Beispiel. Anlässlich einer Volksversammlung in der Bamberger Dominikanerkirche am 10. April, zu der zwischen drei- und viertausend Zuhörer erschienen waren, trat unerwartet Dr. Johann Gottfried Eisenmann, später Abgeordneter in der Paulskirche,²⁰⁰ auf, um den Versammlungsausschuß verbal zu attackieren.²¹¹ Advokat Titus ergriff daraufhin das Wort, um dem politischen Gegner entsprechenden Widerstand zu leisten. Er versuchte hierbei, die Person Eisenmanns zu diskreditieren und bekannte sich bei dieser Gelegenheit offen zu republikanischen Bestrebungen, indem er sein Eintreten für die Sache der Arbeiter besonders hervorhob. Dennoch blieb Eisenmann Herr der Lage, dem man, so wird berichtet, für seine Ausführungen sogar „starken Beifall“ zollte.²²⁰

Im Zuge des allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses im Frühjahr 1848 begann sich nun aber auch im Bamberger Bereich eine deutliche Radikalisierung der Zustände abzuzeichnen. Nachdem am 13. April in einer Bürgerversammlung ein unabhängiger Wahlausschuß gebildet worden war, versuchte Titus alles, um die Errichtung einer konstitutionellen Partei zu verhindern. Der Ausschuß, dem auch der Liberale Hornthal als Sprecher angehörte, arbeitete gegen Titus und war mit seinen Sympathisanten im Lager des gemäßigten Bürgertums durchaus in der Lage, dessen Wahl zum Abgeordneten zu vereiteln. Titus

gelang es jedoch bald, seine Widersacher aus dem Feld zu schlagen und die gemäßigten Demokraten Bambergs auf die Verliererseite zu bringen.

Die grobe Mißhandlung einiger führender Bamberger Radikaldemokraten anlässlich einer Versammlung im benachbarten Staffelstein führte schließlich rasch zu einer Verschärfung der politischen Lage. Die Nachricht von diesem Überfall weckte auch in Bamberg Empörung, wo nun, angeheizt durch übertriebenen Bierkonsum, eine Menschenmeute zur Rache an den Vertretern der Reaktion aufrief, welche man für den Angriff auf die Gesinnungsgenossen verantwortlich machte. Opfer des Pöbels wurde hierbei der Kaufmann Silbermann, dessen zeitgleicher Aufenthalt in Staffelstein ruchbar geworden war. Als er von dort zurückkehrte, fiel man ihn auf der Kettenbrücke an, worauf ihm unter Mühen die Flucht in die nahegelegene Bamberger Hauptwache gelang. Als man sich dort weigerte, ihn auszuliefern, stürmte der Mob vor den Augen der ebenfalls aufgezogenen städtischen Volkswehr das Gebäude. Silbermann wurde dabei schwer verletzt und schließlich erneut in die Wache verbracht. Stadtkommandant sowie Stadtkommissar waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, das herbeiströmende Volk zu beruhigen. Erst als Titus auftrat, zeigten diese Bemühungen Erfolg.

Die ganze Nacht und den folgenden Tag hielten die Aufregungen und Tumulte in der Stadt an; jetzt wurde das Gerücht verbreitet, daß sich dreitausend Flößer aus der Kulmbacher und Kronacher Umgebung auf dem Weg Richtung Bamberg befänden, um dort einzufallen. Hierauf wurde das zur Verfügung stehende Militär mobilisiert und auch der Regierungspräsident begab sich in eigener Person in die Domstadt. Trotz des Ausbleibens der erwarteten Ereignisse blieb die Lage aber weiterhin gespannt. Erneute Unruhe machte sich breit, als Gärtner, Häcker und Schiffer randalierend und bewaffnet durch die Gassen zogen, wobei Drohungen laut wurden, daß Feuer gelegt würde, falls der Advokat Titus nicht zum Abgeordneten für

die Deutsche Nationalversammlung gewählt werden sollte.²³⁾

In der Runde der am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammengetretenen Demokraten befand sich dann in der Tat der Bamberger Nikolaus Titus, wenngleich dieser sich später in einer öffentlichen Stellungnahme vom Vorwurf des „Wahlterrors“ distanzieren mußte.²⁴⁾

Der aufsehenerregende Hauptwachensturm war allerdings nicht ohne Folgen für die Bischofsstadt geblieben. Das Innenministerium in München schenkte den Vorfällen größte Beachtung und suchte Maßnahmen zu entwickeln, um ein Übergreifen der badi-schen Revolution auf Franken zu verhindern. So wurde zunächst der Stadtkommissar v. Haupt, „der die staatliche Autorität durch sein Hilfesuch an den Advokaten Titus bloßgestellt hatte“, von seinem Posten abberufen und durch den Landrichter im Amt Werneck, Ihl, abgelöst. Generalmajor Freiherr v. Weinbach avancierte zum neuen Stadtkommandanten und zudem wurden nun zwei Infanteriebataillone in Bamberg stationiert. Am 6. Mai berief der Regierungspräsident von Oberfranken darüber hinaus eine „Besprechung aller für die Sicherheit verantwortlichen Leiter der Zivil- und Militärbehörden“ ein, in deren Verlauf mit der nötigen Deutlichkeit darauf verwiesen wurde, in Zukunft „mit dem Rückhalt der starken Garnison dem Geist der Anarchie mit aller Kraft entgegenzuwirken“. Sämtliche Anhänger der republikanischen Idee sollten von jetzt ab überwacht sowie „Bettler und liederliche Weibspersonen, die sich in großer Zahl aus den umliegenden Landgerichten in die Stadt gezogen hatten, wieder in ihre Heimatgemeinden verwiesen werden“.²⁵⁾

Auch die Kontakte zwischen Militär und Zivilbevölkerung verliefen während der turbulenten Revolutionsmonate in Bamberg nicht zwischenfallsfrei. Manchen Demokraten war das Heer als sichtbarer Repräsentant obrigkeitlicher Gewalt ein Dorn im Auge, weshalb es immer wieder zu Schmähungen von Soldaten oder deren Beeinflussung im republikanischen Sinne kam.²⁶⁾ Ende 1848 hatten die Raufereien zwischen Militäran-

gehörigen und Zivilisten sowie zwischen Angehörigen der Infanterie und Kavallerie derart überhand genommen, daß die tolerierbare Grenze damit längst überschritten schienen.²⁷⁾

Ein bereits im Juni 1848 in der Stadt Bamberg etablierter „konstitutionell-monarchistischer Verein“ konnte während der Revolutionszeit zwar kurzzeitig mehr als neunhundert Mitglieder aufweisen, blieb aber ansonsten bis zu seiner baldigen Auflösung ohne weitere politische Bedeutung²⁸⁾ gegenüber der radikalen Demokratiebewegung.

In der ersten, nach neuem Recht stattfindenden Landtagswahl Ende 1848, errangen die Bamberger Republikaner somit einen deutlichen politischen Erfolg gegenüber den gemäßigten Kräften in der Stadt. Angesichts solcher Ergebnisse konnten die fränkischen Regierungspräsidenten in der Folge allerdings mit einiger Berechtigung über die „Interesselosigkeit und Unfähigkeit der gutgesinnten Bürger“ Beschwerde führen.²⁹⁾

Die im Frühjahr 1849 vollzogene Ablehnung der in der Paulskirche entworfenen Reichsverfassung durch Bayerns Obrigkeit, welche verständlicherweise auch in Oberfranken mit einiger Empörung aufgenommen wurde, läutete damit zugleich das Ende der so verheißungsvoll begonnenen Liberalisierungs-epoche auf staatlicher wie regionaler Ebene ein.

Anmerkungen

¹⁾ L., Zimmermann, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Bd. 9), Würzburg 1951, S. 198.

²⁾ Zur Haltung des fränkischen Adels gegenüber der bayerischen Zentralgewalt siehe H. Gollwitzer, Graf Carl Giech 1795-1863. Eine Studie zur politischen Geschichte des fränkischen Protestantismus in Bayern, Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 24, (1961), 102-162, besonders 132 ff. Zum gesellschaftsgeschichtlichen Hintergrund daneben E. Fehrenbach, Adel und Bürgertum im deutschen Vormärz, Historische Zeitschrift 258, (1994), 1 - 28.

- ³³ L. Zimmermann, 1951, S. 246.
- ³⁴ Der Unmut der Schiffer wurde bereits zu Beginn der vierziger Jahre verstärkt, als im Juni 1841 in Würzburg die „Maidampfschiffahrtsgesellschaft“ etabliert worden war, die ab 1842 ihren Betrieb aufnahm. Die hierdurch erwachsende wirtschaftliche Konkurrenz verstärkte die revolutionäre Neigung dieser Berufsgruppe im März 1848. Dazu auch L. Zimmermann, 1951, S. 169-170.
- ³⁵ Vgl. ein Schreiben des Forstmeisters Dütsch aus Steinwiesen, das dieser am 31. März 1848 an die Regierung von Oberfranken sandte. Darin heißt es: „Die bei den hierstattgehaltenen Tumulte in den Märztagen des Jahres beteiligt gewesen Individuen (...) äußern dem Vernehmen nach ganz offen, daß die von der Floßreise nach Hanau, Frankfurt und Mainz zurückgekehrten Floßknechte während ihres Aufenthalts in der unteren Main- und Rheingegend böse Ideen eingesogen haben und in jedem Schritte für gesetzliche Ordnung nur eine Bedrückung ihrer Freiheit in jedem kgl. Beamten und öffentlichen Diener ihren natürlichen Unterdrücker erblicken.“ Zit. nach Arbeitsgruppe „Revolution 1848“, Die Revolution 1848/49 im nördlichen Oberfranken, Kronach 1974, S. 51.
- ³⁶ L. Zimmermann, 1951, S. 198-199.
- ³⁷ Zit. nach Arbeitsgruppe „Revolution 1848“, 1974, S. 92. Dagegen bemerkt der Bamberger Buchhändler J. C. Dresch in seiner, noch im Mai 1848 erschienenen Broschüre über die Ereignisse in der Stadt: „Ganz unnatürlich finden wir aber und ganz schlecht, daß immer noch eine gesinnungstüchtige, ruhige und ihrem Könige herzlich ergebene Stadt fortwährend in öffentlichen Blättern verdächtigt und als der Herd der Anarchie bezeichnet wird.“ Ders., Die Umtriebe in Bamberg und das Benehmen seiner Bewohner in Bezug auf die Ereignisse der neuesten Zeit, Bamberg 1848, S. 4, StadtA Bbg. BB h 4.
- ³⁸ Ernst Deuerlein gibt folgendes Bild zu seiner Person: „Mehr als durch politische Taten wurde Titus durch seine bewährte und anerkannte Trinkfestigkeit berühmt (...)“ Ders., Bayern und die deutsche Einheit von der Paulskirche 1848 bis 1948 (= Bücher der Heimat, Bd. 28/30), Altötting 1948, S. 54.
- ³⁹ G. Krauss, Die Oberfränkische Geschichte, Hof 1981, S. 143.
- ⁴⁰ G. Krauss, 1981, S. 145.
- ⁴¹ D. Langewiesche, Die politische Vereinsbewegung in Würzburg und in Unterfranken in den Revolutionsjahren 1848/49, Jahrbuch für fränkische Landesforschung 37, (1977), 195-233, hier 198.
- ⁴² L. Zimmermann, 1951, S. 240-241.
- ⁴³ G. Krauss, 1981, S. 146-147.
- ⁴⁴ AEB Rep. 4/3 348.
- ⁴⁵ G. Krauss, 1981, S. 150.
- ⁴⁶ L. Zimmermann, 1951, S. 258.
- ⁴⁷ L. Zimmermann, Zur Geschichte der fränkischen Tagespresse in der 48er Revolution, Jahrbuch für fränkische Landesforschung 11/12, (1953), 123-133, hier 131. Die Juni-Erhebung des Jahres 1848 in Frankreich war von General Eugène Cavaignac mit äußerster Brutalität unterdrückt worden.
- ⁴⁸ Insgesamt mußte Bayern 71 Abgeordnete in die Paulskirche entsenden. Auf Oberfranken entfielen hierbei acht Abgeordnete sowie sechzehn Ersatzmänner. Für deren Nominierung wurde der oberfränkische Kreis in acht Wahlbezirke aufgeteilt, nämlich Bayreuth, Hof, Forchheim, Bamberg, Kulmbach, Kronach, Wunsiedel und Pottenstein. E. Herrmann, Zur Geschichte des Jahres 1848 in Bayreuth, Archiv Geschichte von Oberfranken 59, (1979), 365-391, hier 380.
- ⁴⁹ L. Zimmermann, 1951, S. 263.
- ⁵⁰ Zu Leben und Wirken Eisenmanns vgl. auch die Ausführungen bei F. W. Kantzenbach, Protestantische Pfarrer in Politik und Gesellschaft der Bayerischen Vormärzzeit, Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 39, (1976), 171-200, hier 183 ff.
- ⁵¹ Siehe hierzu auch D. Langewiesche, 1977, S. 201.
- ⁵² L. Zimmermann, 1951, S. 266.
- ⁵³ L. Zimmermann, 1951, S. 271-274.
- ⁵⁴ L. Zimmermann, 1951, S. 274.
- ⁵⁵ L. Zimmermann, 1951, S. 280-281.
- ⁵⁶ Siehe dazu „Circulare an die Curatgeistlichkeit des Erzbisthums Bamberg“, 4. März 1853, herausgegeben von Dr. Friederich, Erzbischöfliches Ordinariat, AEB Rep. 4/3 180.4
- ⁵⁷ L. Zimmermann, 1951, S. 371-372.
- ⁵⁸ G. Krauss, 1981, S. 158.
- ⁵⁹ L. Zimmermann, 1951, S. 369.

„Ein wahrhaft Revolutionär zu nennendes Blatt“.

Der Fränkische Merkur als Presseorgan der demokratischen Bewegung in Bamberg im Revolutionsjahr 1848

Am 29. April 1848, zwei Monate nach dem Ausbruch der revolutionären Unruhen, berichtete der bayerische Innenminister an das Münchner Kriegsministerium: *„In der Stadt Bamberg herrscht ... ein Zustand der Aufregung und der Opposition gegen bestehende Institutionen, der sich über einen großen Theil der dortigen Bevölkerung im Bürgerstande und in der arbeitenden Classe auf eine Weise verbreitet hat, daß eine durch die Journalistik genährte Tendenz zur Umwälzung der bestehenden Staatsverfassung und zur Einführung der republikanischen Regierung einzelne Vereine hervorrief, an deren Spitze sich die talentvollsten und eifrigsten Verfechter jener Ansichten und Tendenzen gestellt haben.“* Und am gleichen Tage schrieb der Innenminister an den bayerischen König Maximilian II.: *„Daß diese Parthei solchen Anklang findet, ... daran tragen unzweifelhaft der Einfluß der Presse, insbesondere die heftigsten Artikel im fränkischen Merkur, ... einen großen Theil der Schuld.“*

Die beiden ministeriellen Stellungnahmen beleuchten exemplarisch den enormen Einfluß der Presse - insbesondere der Zeitungspressen - im politischen Geschehen der Jahre 1848/49. Mit der in den ersten Märztagen in allen deutschen Bundesstaaten vollzogenen Aufhebung der Pressezensur wurde das Massenmedium Zeitung zum zentralen Mittel öffentlicher Kommunikation und damit zum wirkungsvollsten Instrument für die Mobilisierung der Bevölkerung in Volksversammlungen und Wahlkämpfen. Von größter Bedeutung war die Rolle der Tagespresse auch für das sich in der politischen Umbruchphase allorts entfaltende Vereins- und Parteiwesen. Im oberfränkischen Bamberg, das während der Achtundvierziger-Revolution zu

den republikanischen Hochburgen im rechtsrheinischen Bayern zählte, war es vor allem ein Blatt, das die Bewohner der Stadt und ihres Umlandes für die Ziele der entschieden demokratischen Bewegung zu mobilisieren suchte und hier der Bildung von entsprechenden politischen Vereinen Vorschub leistete - der Fränkische Merkur.

Vom liberalen Journal zum republikanischen Kampfblatt

1795 unter dem Namen *„Bamberger Zeitung“* gegründet und 1810 in *„Fränkischer Merkur“* umbenannt, besaß die Zeitung eine lange Tradition. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war sie *das* politische Nachrichtenblatt für den Bamberger Raum, das auch außerhalb Oberfrankens interessierte Leser fand. 1840 hatte der Fränkische Merkur knapp 2.000 Abonnenten, wobei die eine Hälfte der Bezieher durch Austräger vor Ort, die andere Hälfte per Post in den Genuß ihrer Zeitungslektüre gelangte. Prominentester Redakteur des Blattes war der Philosoph Friedrich Wilhelm Hegel während seiner Bamberger Zeit 1807/08. Geschärftes politisches Profil und großes Ansehen in liberalen Kreisen gewann das Blatt - trotz der herrschenden Zensur - vor allem ab 1836 unter dem Verleger und Rechtsanwalt Johann Peter von Hornthal. Er war der Sohn des bekannten Bamberger Bürgermeisters Franz Ludwig von Hornthal und ebenso wie sein Vater überzeugter Liberaler und bayerischer Landtagsabgeordneter. Im Fränkischen Merkur kritisierte Hornthal vehement die Politik König Ludwigs I. von Bayern, worauf die Polizeibehörden das Blatt fortwährend scharf überwachten und die Postversendung untersagten. Die zahllosen Zensurschikanen und schwere finanzielle Probleme veranlaßten Hornthal